

CHRONOLOGIE

BRITISH BROADCASTING CORPORATION

Vision der Unabhängigen

Der Gründervater der BBC, die damals noch British Broadcasting Company hieß, war John Reith. Der erste Generaldirektor hatte die Vision von einer Rundfunkanstalt, die frei von politischen Verstrickungen und kommerziellem Druck ist. Fünf Jahre später, 1927, erhielt der Sender eine Sendelizenz – die Royal Charter.

”

Wie lange kann man ein System rechtfertigen, bei dem jeder, der einen Fernseher hat, eine Reihe von Fernseh- und Radiosendern bezahlen muss?

Boris Johnson

“

WELTKRIEG

Nazi-Verbot

Die Frontberichte der BBC waren während des Zweiten Weltkriegs eine der wichtigsten ausländischen Informationsquellen für deutsche Hörer. Wer erwischt wurde, musste mit Gefängnis oder Todesstrafe rechnen.

IRAKKRIEG

Streit mit Blair

Für heftige Debatten sorgte 2003 ein BBC-Beitrag über angeblich von der britischen Regierung aufgetragene Angaben über Massenvernichtungswaffen im Irak. Die BBC entschuldigte sich daraufhin bei Premier Tony Blair.

TONY HALL

Chef tritt ab

BBC-Direktor Tony Hall kündigte im Jänner seinen Rücktritt im Sommer an. Er wolle damit den Weg für die Verhandlungen mit der Regierung freimachen, erklärte er.

APA



BRITBOX

Gemeinsam gegen Netflix

Die BBC steht nicht nur für Nachrichtensendungen, innovative Serien („Sherlock“) und einzigartige Naturdokus: Gemeinsam mit Privatsender ITV startete die BBC „Brit-Box“, die eine internationale Streamingalternative zu Netflix & Co. werden soll.

Sie gilt als Mutter des öffentlichen Rundfunks: Die 1922 gegründete BBC gerät unter Großbritanniens Premier Boris Johnson unter massiven Druck.

Kampf gegen die



Von Daniel Hadler

Deutsche Hörer!“, begann Thomas Mann die Ansprachen an seine Landsleute. Selbst war er im Exil, auf der anderen Seite des Ärmelkanals. Wenn sich der Literat zwischen 1940 und 1945 in insgesamt 55 kurzen Ansprachen mahnend der deutschen Bevölkerung mitteilte, tat er dies natürlich über den Radiokanal der BBC, jenem Sender, der auch in Kriegszeiten noch verlässliche Säule der britischen Selbstverständlichkeit war.

Doch die British Broadcasting Corporation, kurz BBC, dieses weltumspannende Aushängeschild der früheren Kolonialmacht, ist in Ungnade gefallen. Insbesondere, aber freilich nicht nur in der Downing Street, wo der britische Premierminister Boris Johnson die

Finanzierung auf ein Subskriptionsmodell umstellen möchte – wer sehen will, muss zahlen. Die BBC soll eine Art Netflix werden und einen Großteil ihrer 61 Radiosender verkaufen.

Was würde die Umsetzung des Tory-Plans für das 98 Jahre alte und weltweit größte öffentliche Mediennetzwerk bedeuten? Nicht weniger als das Ende seiner Existenz in seiner heutigen Form und Reichweite, sagen Kritiker. BBC-Verweigerer dürften hingegen auf den Wegfall der Gebühren hoffen.

Als Mutter des öffentlich-rechtlichen Fernsehens wird die 1922 gegründete BBC international gerne bezeichnet. Kurz „Beeb“ nennen die Briten liebevoll, was ihnen sowohl gut als auch teuer ist. Rund 186 Euro (154,50 Pfund) zahlt man jährlich an Rundfunkgebühren und trägt

5,7

Milliarden Euro beträgt das Budget des Senders. Rund 75 Prozent (4,3 Milliarden) ergeben sich aus den Rundfunkgebühren. Zum Vergleich: Der ORF erhält etwa 640 Millionen Euro an Gebühren.

61

Radiosender, national, lokal und regional, betreibt die BBC. Dazu unter anderem zehn nationale Fernsehsender und das in 27 Sprachen weltweit ausgestrahlte BBC World Service.



damit zu einem Großteil des Jahresbudgets von umgerechnet 5,7 Milliarden Euro bei. Eine durch veränderte Fernsehgewohnheiten sinkende Zahl an Gebührenzahlern verstärkt den Druck auf die Verbliebenen: 120.000 Geldstrafen für ausgieblene Gebührenzahlungen wurden 2018 ausgesprochen. Für Negativschlagzeilen sorgten Fälle, in denen Verweigerer ins Gefängnis kamen. Für Johnson sind diese Geschichten das Wasser auf die Mühlen seines BBC-Feldzugs, der nun in eine neue Phase übergeht.

„Johnsons Plan führt ein journalistisches Flaggship in ganz raue Gewässer – mit hoher Wahrscheinlichkeit, dass es mit einem Abo-Modell kentert“, kommentiert Andy Kaltenbrunner die aktuellen Entwicklungen in Großbritannien. Der Medienwissenschaftler und Mitbe-

gründer des Medienhauses Wien gibt zu bedenken, dass „ein öffentlicher Rundfunk mit demokratiepolitischem Vielfaltsanspruch“ und die von Johnson vorgestellten Pläne finanziell nicht kompatibel seien. Zugleich betont Kaltenbrunner die fortwährende Bedeutung der BBC als „wichtigster Orientierungspunkt für Medienqualität und Diskursvielfalt“ – im Vereinigten Königreich, aber auch darüber hinaus.

Weltoffenheit, Meinungs- und Pressefreiheit sind Denksysteme, für die die BBC traditionell steht. Denksysteme, die derzeit nicht nur in Großbritannien einer populistisch aufgeladenen Evaluierung unterzogen werden: CDU-Politiker Friedrich Merz richtete den klassischen Medien kürzlich bei einer Veranstaltung aus: „Wir brauchen

die nicht mehr.“ Politiker könnten sich ebenso gut über Social-Media-Kanäle mitteilen und würden dabei „ihre eigene Deutungshoheit behalten“.

Nicht über die Kanäle der sozialen Netzwerke, sondern per „Sunday Times“, die zum Mediennetzwerk Rupert Murdochs zählt, haben die Tories ihre Ideen zur britischen Medienlandschaft lanciert. Überraschend kommt das nicht. Schon im Wahlkampf trommelte Johnson gegen die BBC, und einer seiner Berater, Dominic Cummings, hatte den Rundfunksender in der Vergangenheit bereits als „tödlichen Feind“ bezeichnet.

Durchaus als Reaktion auf die Zuspitzung ist der ungewöhnliche Schritt von BBC-Direktor Tony Hall zu sehen, der im Jänner seinen Rücktritt ankündigte, um der BBC eine bessere Aus-

gangsposition bei der für 2022 angesetzten Überprüfung des Senders zu ermöglichen. Der große Schnitt folgt 2027, wenn die BBC-Charta ausläuft und die Verfassung des Senders neu ausgehandelt wird. Indes fehlt es der BBC an Rückendeckung. Das linke wie das rechte politische Lager fühlte sich im Wahlkampf ungerecht behandelt. Formate wie der „Reality Check“, wo Versprechen von Regierung und Opposition auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden, sind der Politik lästig.

Medienexperte Kaltenbrunner warnt vor den Wellenwirkungen der BBC-Pläne: „Die Tory-Strategie ist ein ganz gefährliches Signal für den Sektor in ganz Europa.“ Verliert die „Mutter“ BBC ihren Gebührenstatus, werden wohl andere öffentlich-rechtliche Sender in Europa nachziehen müssen.



”
Johnsons Plan führt ein journalistisches Flaggship in ganz raue Gewässer.

Andy Kaltenbrunner,
Medienwissenschaftler



22.400

Mitarbeiter hat die BBC Ende Jänner kündigte der Sender an, in seiner Nachrichtensparte „BBC News“ weltweit 450 Stellen abbauen zu wollen. Begründung: verändertes Sehverhalten.

96

Prozent der Briten werden wöchentlich durch die Angebote des öffentlich-rechtlichen Senders erreicht. Die nun angestrebte Reform zielt auf eine Senkung von Reichweite und Kosten ab.